

BRÜGGEN

Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Deutschlandweit abgestimmtes Wolfsmanagement

Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion

Umgang mit dem Wolf endlich rechtssicher regeln — Wolfsverordnung erlassen

Antrag der Fraktion GRÜNE

Stellungnahme von Rechtsanwalt Dr. Georg Brüggem, Staatsminister a. D.

Anhörung des Ausschusses für Umwelt und Landwirtschaft

am 15.05.2018

Wolfsmanagement 2014

Rechtsstatus der Wölfe

Schutzstatus der Wölfe

Weiterentwicklung des
Wolfsmanagements

Nach Ansicht Wolfsmanagement (2014), S. 14:

„Nach der FFH-Richtlinie sind „alle absichtlichen Formen des Fangs oder der Tötung“, sowie „jede absichtliche Störung“ und „jede Beschädigung oder Vernichtung der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten“ untersagt. Im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und Sächsischen Jagdgesetz (SächsJagdG) wurden diese Forderungen eins zu eins übernommen. Nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 und § 44 BNatSchG ist der Wolf streng geschützt.

Für das Wolfsmanagement in Sachsen ergeben sich aus dem gegenwärtigen rechtlichen Status des Wolfes folgende Konsequenzen:

- *Das Festlegen von Wolfsgebieten und wolfsfreien Gebieten sowie Festlegungen zu einem etwaigen Zielbestand, zu Abschusszahlen oder zu einer vorsorglichen Bestandsregulierung sind ausgeschlossen.*
- *Der landesweite Schutz ist zwingend.*
- *Ausnahmen vom Störungs-, Fang- und Tötungsverbot sind möglich, aber nur im begründeten Einzelfall.*
- *Eine präventive Bestandskontrolle ist nicht statthaft“*

Ist das bei Lichte betrachtet bei der gegenwärtigen und ggf. zu ändernden Rechtslage zutreffend?

Notstand

Nach § 228 BGB ist gerechtfertigt, wer eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, um eine durch sie drohende Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht widerrechtlich, wenn die Beschädigung oder die Zerstörung zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist und der Schaden nicht außer Verhältnis zu der Gefahr steht. Tiere sind zwar keine Sachen, aber auf sie werden die für Sachen geltenden Vorschriften angewendet, § 90 a BGB (vgl. hierzu auch § 34 StGB).

Die Gefahr darf nicht anders abzuwenden sein, dass heißt das aus den zur Verfügung stehenden Mitteln das Mildeste ausgewählt werden muss. Im Gegensatz zur Notwehr muss beim Notstand das Interesse am Schutz des bedrohten Rechtsgutes das Interesse am beeinträchtigten wesentlich überwiegen. Aber: Niemand muss sich durch einen Wolf angreifen oder verletzen lassen. Das menschliche Leben und die körperliche Unversehrtheit sind höherrangigem Rechtsgüter als die Erhaltung eines Tieres aus der Population der Wölfe.

Problem: Der Nachweis der Erforderlichkeit obliegt demjenigen, der sich bei einer „*Entnahme*“ auf den Notstand beruft. Anders ausgedrückt: Rechtssicherheit besteht erst mit der rechtskräftigen Entscheidung des Tatrichters.

Abweichungskompetenz

Deutschland kann von Art. 12 bis 14 sowie 15 Buchst. a) und b) unter anderem

1. zum Schutz der wildlebenden Tiere und Pflanzen und zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume;
2. zur Verhütung ernster Schäden insbesondere an Kulturen und in der Tierhaltung sowie an Wäldern, Fischgründen und Gewässern sowie an sonstigen Formen von Eigentum;
3. im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt

abweichen, sofern es keine anderweitige zufriedenstellende Lösung gibt und unter der Bedingung, dass die Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotz der Ausnahmeregelung ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen.

Regelungen

FFH
(Anlage IV)

Art. 16 Abs. 1
FFH

§ 45 Abs. 7
BNatSchG

Wirkungen

*strenges FFH-
Regime*

*Abweichungs-
kompetenz für die
Mitgliedsstaaten*

*Nutzung der
Abweichungs-
kompetenz durch
Deutschland*

Abweichungskompetenz nach FFH <i>„... im folgenden Sinne abweichen ...</i>	Umsetzung ins Bundesrecht <i>„Zulassung von Ausnahmen ...</i>
<i>zur Verhütung ernster Schäden insbesondere an Kulturen und in der Tierhaltung sowie an Wäldern, Fischgründen und Gewässern sowie an sonstigen Formen von Eigentum;</i>	<i>zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden,</i>
<i>im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit...</i>	<i>im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung, ...</i>
<i>... oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art...“</i>	<i>aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art.“</i>

Hinweis: Bei der Tabelle handelt es sich um eine Auswahl von Ausnahmetatbeständen

Spezifische Abweichungskompetenzen

Abwendung **erheblicher ... wirtschaftlicher**
(eigentumsorientierter*)) **Schäden**)**

Im **Interesse** der Gesundheit ..., der
öffentlichen Sicherheit ...

Aus anderen **zwingenden Gründen des**
überwiegenden öffentlichen Interesses ...

**) Vgl. hierzu die EU-Vorgaben in der FFH für die Abweichungskompetenzen.*

****) Einzelbetriebliche Schäden sind ausreichend. Es muss sich nicht ein Wirtschaftszweig in der Region betroffen sein.*

FFH-Schutzstatus nach Anhang II

Die FFH-Richtlinie ist gemäß § 288 Abs. 3 AEUV für jeden Mitgliedstaat, an den sie gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich, überlässt jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und Mittel. Der Wolf ist in Anhang II der FFH-Richtlinie aufgeführt. Damit ist er von gemeinschaftlichem Interesse, sodass für dessen Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.

FFH-Schutzstatus nach Anhang IV

Zudem ist der Wolf *) in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt. Damit gehört er zudem zu den streng zu schützenden Tier- und Pflanzenarten.

*) ausgenommen der griechischen Populationen nördlich des 39. Breitengrades, der estnischen Populationen, der spanischen Populationen nördlich des Duero, der bulgarischen, lettischen, litauischen, polnischen, slowakischen und finnischen Populationen innerhalb des Rentierhaltungsareals im Sinne von § 2 des finnischen Gesetzes Nr. 848/90 vom 14. September 1990 über die Rentierhaltung

Ist der aktuelle Schutzstatus des Wolfes in Ostdeutschland nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

- aufgrund der Daten über die Populationsdynamik der Art,
- das natürliche Verbreitungsgebiet weder abnimmt noch in absehbarer Zeit vermutlich abnehmen wird und
- ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist und wahrscheinlich weiterhin vorhanden sein wird, um langfristig ein Überleben der Populationen dieser Art zu sichern,

noch gerechtfertigt?

Die Genehmigung einer Entnahme obliegt den Landratsämtern und Kreisfreien Städten als Weisungsaufgaben.

Nach § 111 Abs. 2 SächsGemO erstreckt sich die Aufsicht über die Erfüllung von Weisungsaufgaben auf die Gesetzmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung (Fachaufsicht). Nach § 123 Abs. 1 SächsGemO obliegt die Fachaufsicht den für die Rechtsaufsicht zuständigen Behörden, mit der Maßgabe, dass die oberste Fachaufsichtsbehörde das fachlich zuständige Staatsministerium ist.

Das Wolfsmanagement wäre berechtigt, fachliche Weisungen im Rahmen des Wolfsmanagements zu geben und zwar einschließlich Opportunitätskriterien. An diese wären unteren Naturschutzbehörden gebunden. Das Wolfsmanagement könnte daher um Kriterien für die Entnahmeentscheidungen weiterentwickelt werden.



Ende